

SÜDKURIER

GEEINTES DEUTSCHLAND

Die Reformstaurepublik



23 Jahre nach der Wende muss die Frage gestellt werden, ob alles noch im Lot ist in der Bundesrepublik. Tatsächlich gibt es viel zu tun.

VON GABRIELE RENZ, STUTTGART

Es war ein schönes, ein ausgelassenes Fest, das Baden-Württemberg auf die Beine gestellt hat zum Tag der Deutschen Einheit. Es hatte Platz für Emotionen und Leichtigkeit, aber auch für würdevolle, nachdenkliche Momente. Sieht man von einzelnen Tiraden der Stuttgart 21-Gegner ab, nahmen die Gäste aus allen Teilen der Bundesrepublik gewiss ein positives Bild dieses grün-rot regierten Landes mit. Und nicht nur das.

Deutschland präsentierte sich in Stuttgart als liebenswertes Patchwork unterschiedlichster Eigenheiten, als ein Land, das es lohnt, mit all seinen Ausprägungen und Facetten zu bewahren. Dass in Winfried Kretschmann und Joachim Gauck ein grüner Alt-68er aus dem Westen und ein früherer Bürgerrechtler aus dem Osten den Festakt gestalteten, symbolisierte dieses neue Deutschland mehr als jede Statistik oder jedes politische Manifest.

Doch dieses Deutschland des Jahres 2013 steht sich oft selbst im Wege mit all seinen Verschränkungen und Verwicklungen in den Bund-Länder-Beziehungen. Schlichte Klagen gegen den Länderfinanzausgleich bringen nur Schlagzeilen, sie helfen nicht weiter. Denn die Republik halten weit mehr Quersubventionen und Umverteilungen am Leben, als gemeinhin bekannt ist. Da haben manche Kanäle und Rohre, durch die noch immer satt Geld fließt, schon gewaltig Rost angesetzt, und doch werden sie nicht ausgebaut oder ersetzt. Dass kaum ein Politiker an die Abschaffung des Soli geht, verwundert kaum: Er stellt keine zweckgebundene Einnahme dar, sondern eine allgemeine Steuer. Wer will schon ein Weniger?

23 Jahre nach der Wende muss aber die Frage gestellt werden, ob alles noch im Lot ist. Westdeutsche Kommunen, deren Straßen und Gebäude bröckeln, tun dies ebenso wie Bundesländer, die nicht einsehen, warum sie etwa die Mehrung der Bildungschancen durch Ganztagschulen allein stemmen sollen. Die Unzufriedenheit wächst allenthalben. Kanzlerin Merkel äußerte sich am Rande der Einheitsfeier mit vagen Hinweisen auf ungleiche Löhne und ungleiche Kräfte in Ost und West. Sie suggerierte damit, die Politik könne das in alter Manier lösen, indem wieder etwas mehr Geld durch eine Röhre gejagt wird. Sie kann es nicht. Was der Staat im Rahmen der Verfassung tun kann,

hat er längst getan: Er investierte in Straßenbau, Schulhäuser und schöne Ortskerne. Nach der Hardware wäre die Software dran – und daran scheitert es bislang. Das institutionalisierte Miteinander müsste neu entworfen werden, auch um Verantwortlichkeit besser sichtbar zu machen. Man denke nur an die Schuldzuweisungen im Straßenbau. Doch überall herrschen Skrupel – vor dem Wahlbürger, vor dem Koalitionspartner, vor der politischen Konkurrenz.

Der gastgebende Ministerpräsident Winfried Kretschmann mahnte eine dritte Föderalismusreform an. Er tat dies als Vertreter eines Landes, dem es vergleichsweise gut geht. Weit klammere Länder müssten in sein Klagegedicht einstimmen, doch sie hoffen offenbar weiter, die Schuldenbremse entfallen dereinst wie durch ein Wunder. Oder sie spekulieren auf eine Koalition der Mutlosen, die eher geneigt ist, diesen Zwang zum Maßhalten zu opfern, als Strukturen und Verflechtungen im Staat auf den Prüfstand zu stellen. So verbünden sich Angsthasen mit Kraftmeiern, und der Staat ist wie gelähmt.

Der Tag der Deutschen Einheit ist traditionell Anlass, den politischen Akteuren der Republik etwas ins Stammbuch zu schreiben. Vielleicht lag es am schönen Herbstwetter und den verlockenden kulinarischen Genüssen, dass die Botschaften etwas untergingen. Doch es gab sie. Neben Kretschmann packte auch Bundespräsident Joachim Gauck brisante, eilbedürftige Themen an: Er attestierte der Politik nicht weniger als schleppenden Reformwillen und das Aussitzen drängender Probleme. Gauck fand klare Worte: Angesichts einer alternden Gesellschaft zögere die Politik zu lange mit Lösungen und ducke sich weg. Aus einer „Gesellschaft der Wenigeren“ dürfe nicht eine „Gesellschaft des Wenigeren“ werden, sagte der Bundespräsident. Das ist keine rhetorische Lockendreherei. Gauck wird konkret, nennt frühe Bildung den Schlüssel zur Wohlstandswahrung. Wer sollte sich mehr angesprochen fühlen als die Kanzlerin selbst, die – mit wem auch immer an der Seite – weiterhin das Heft in der Hand hält?

So schön das Einheitsfest auch war: Es reicht nicht, sich zu feiern und sich selbst zu vergewissern. Selbst Rituale dürfen nicht hohl werden. Deutschland muss dringend etwas dafür tun, damit „zusammen einzigartig“ bleibt, wie das Motto lautete. Kretschmann und Gauck mahnten dringend den Reformstau in Deutschland an. Das ist das Signal, das von Stuttgart an diesem 3. Oktober ausging. Eine gute Nachricht wäre dies freilich erst, wenn deren Appelle auch Folgen hätten.

gabriele.renz@suedkurier.de

ZUM TAG

GESAGT IST GESAGT

„Ich bin froh, dass die Regierung lahmgelegt ist. Denken Sie mal darüber nach! Zum ersten Mal seit Jahren ist es sicher, zu telefonieren und E-Mails zu schicken, ohne dass irgendjemand mithört!“

Jay Leno, US-Talkmaster, über die Folgen des Etatstreits in den USA

„Wegzuschauen und sie hineinsegeln zu lassen in einen vorhersehbarer Tod, missachtet unsere europäischen Werte.“

Joachim Gauck, Bundespräsident, fordert nach der Schiffskatastrophe vor Lampedusa eine humanere Flüchtlingspolitik

„Es ist eigentlich alles so gekommen, wie ich es mir erträumt habe – und zwar in meinen schönsten, aber auch in meinen schlimmsten Träumen.“

Markus Lanz, Moderator von „Wetten, dass...?“

GUT ZU WISSEN

Fair Gehandeltes immer beliebter

Jeder vierte Deutsche kauft einer Studie zufolge im Supermarkt fair gehandelte Produkte. 24 Prozent der Verbraucher bevorzugten Lebensmittel aus Fairem Handel sowie Bio- und Ökoprodukte, heißt es in einer Verbraucherstudie der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie sowie der Gesellschaft für Konsumforschung. Den Angaben zufolge wurden 30 000 Haushalte befragt. In den vergangenen zwei Jahren habe die Zustimmung zu moralisch-ethischen Kaufkriterien deutlich zugenommen. Der Anstieg bei den Fair-Trade-Produkten lag bei 20 Prozent. Der Anteil der an Nachhaltigkeit und Genuss Orientierten sei in den vergangenen sechs Jahren zudem um 18 Prozent gestiegen. Zugleich seien diese Verbraucher bereit, mehr Geld für Lebensmittel auszugeben. (epd)

ONLINE HEUTE

VIDEOSPIELE

Spiele-Test: So gut ist „Fifa 14“

Die Konkurrenz hat mächtig vorgelegt und EA Sports kontert mit seiner Fußball-Simulation „Fifa 14“. Wir haben den neuesten Teil der weltweit beliebtesten Sportserie auf der Playstation 3 getestet. www.suedkurier.de/spiele-tests

VIDEO

Neuer Weltrekord im Bungee-Jumping

Der Australier Jay Phoenix wagte gleich 150 Mal in 21 Stunden den Sprung in die Tiefe – und erzielte einen neuen Weltrekord. www.suedkurier.de/videos

IHRE MEINUNG

Abstimmung vom 4. Oktober
Ist die deutsche Einheit vollendet?

22 % – Ja, die Kategorien Ossi/Wessi gibt es nicht mehr.
78 % – Nein, es gibt noch viele gesellschaftliche Gräben.

Frage heute: Soll Deutschland von einer Großen Koalition aus Union und SPD geführt werden?
www.suedkurier.de/umfrage

Anspruch & Wirklichkeit

- Kitaplätze: Hier klaffen in der Region noch Lücken
- Nicht alle Gemeinden erfüllen den Rechtsanspruch
- SÜDKURIER-Leser berichten von ihren Erfahrungen

VON SEBASTIAN PANTEL

Konstanz – Seit Anfang August haben Eltern das Recht, ihr Kind ab dem ersten Geburtstag in einer Kita oder bei einer Tagesmutter betreuen zu lassen. Soweit die Theorie. Die Praxis sieht oft noch anders aus. Einige Gemeinden in unserer Region stellt der Kita-Ausbau vor erhebliche Probleme. Andere haben das Thema augenscheinlich unterschätzt. Der Großteil jedoch – und das ist die gute Nachricht – scheint Anspruch und Wirklichkeit bei der Kinderbetreuung unter einen Hut zu bekommen, etliche Gemeinden haben sogar mehr freie Plätze als Anmeldungen.

Das ist das Ergebnis einer großen Befragung, die der SÜDKURIER bei allen Gemeinden in der Region durchgeführt hat. Wir wollten wissen: Wie viele Betreuungsplätze fehlten in jeder Gemeinde zum Stichtag 2. September – und wie viele Eltern könnten theoretisch auf einen Platz klagen? Wie viele Anmeldungen standen wie vielen Plätzen gegenüber? Wie viele Kinder werden in Kitas, wie viele bei Tagesmüttern betreut? In der Grafik zeigen wir Ihnen auf einen Blick, in welchen Gemeinden zum Stichtag noch Plätze fehlten.

Die Zahlen sind natürlich nur eine Momentaufnahme. In vielen Gemeinden werden in den kommenden Wochen und Monaten neue Einrichtungen eröffnet, vielerorts wird das noch bestehende Platzproblem lösen. Andererseits – das zeigt die Erfahrung – schaffen die neuen Angebote auch eine Nachfrage. Auf dem erreichten Ausbau ausruhen können wird sich kaum eine Kommune. Und noch andere Faktoren machen die Berechnung, wie viele Plätze eigentlich gebraucht werden, höchst kompliziert. Das zeigen einige Beispiele aus der Region:

➤ **Beispiel Allensbach:** Hier fehlen laut unserer Erhebung noch elf Plätze. In einigen Wochen jedoch wird die Gemeinde die Zahl der Plätze auf 40 verdoppeln – und dann eine Betreuungsquote von über 45 Prozent haben, viel für eine Gemeinde dieser Größe. Außerdem gibt es in Allensbach auch jetzt schon 20 Halbtagsplätze für zwei oder drei Tage pro Woche – diese zählt die Gemeinde nicht mit, weil sie in der Regel für berufstätige Eltern nicht infrage kommen.

➤ **Beispiel Lörrach:** Hier fehlen, wenn man die Anzahl der Plätze und die Anzahl der Anmeldungen anschaut, eigentlich noch satte 110 Plätze. Die Stadt hat es jedoch geschafft, mit nahezu allen Eltern Regelungen zu finden, sodass sich die Anmeldungen auf das ganze Jahr verteilen. In dieser Zeit eröffnen außerdem neue Einrichtungen – am Ende, so der aktuelle Stand, werden alle Kinder einen Platz bekommen haben. Ähnlich geht es der Gemeinde Gailingen, sie hat sich mit den Eltern der vier Kinder, die eigentlich zum 2. September einen Betreuungsplatz suchten, auf einen späteren Start geeinigt.

➤ **Beispiel Hilzingen:** Hier ist es umgekehrt. Die Zahlen legen nahe, es gäbe sogar noch freie Plätze – was jedoch nicht der Fall ist. Alle Plätze sind bereits verbindlich vergeben, die Kinder starten nur verteilt über das Jahr. Tatsächlich gibt es darüber hinaus schon neue Anfragen.

➤ **Beispiel Furtwangen:** Hier belegen 95 Kinder 74 Plätze. Das funktioniert, weil die Gemeinde Platzsharing anbietet, das heißt: Mehrere Kinder teilen sich einen Platz, weil nicht jedes Kind jeden Tag betreut werden muss.

➤ **Beispiel Villingen:** Der Alptraum für Planer tritt ein, wenn Eltern angeblich dringend einen Platz suchen, diesen dann aber kurzfristig doch nicht antreten. Villingen-Schwenningen hat die-

ses Problem nach eigenen Angaben in Einzelfällen. Damit ließe sich auch erklären, dass die Stadt keine fehlenden Plätze meldet, obwohl die Zahlen nahelegen, dass 65 Plätze fehlen.

➤ **Beispiel Konstanz:** Hier ergibt sich eine absurde Kombination. Die Stadt hat in der Region die größte Betreuungslücke von 380 Plätzen. Gleichzeitig meldet der Tagesmütterverein im Landkreis für Konstanz zum Stichtag noch fast 50 freie Plätze in der Stadt. Also liegt die Vermutung nahe, dass längst nicht alle Eltern wirklich so dringend einen Platz benötigen, wie sie behaupten. Auch Friedrichshafen berichtet, dass einige Eltern einen freien Platz ausschlagen, um auf den Wunschplatz zu warten – so kommt es hier zu den 25 unversorgten Kindern, obwohl rechnerisch gar Plätze übrig wären.

➤ **Beispiel Radolfzell:** Hier ist die Lage gelinde gesagt verworren. Die Stadt hat bisher schlicht keinen Überblick darüber, wie hoch der Betreuungsbedarf eigentlich ist. Denn bisher verwaltet jede Einrichtung Anmeldungen, Zu- und Absagen selbst. Auf Nachfrage gab die Verwaltung an, aus Datenschutzgründen von den Einrichtungen keine Angaben darüber erhalten zu dürfen, welche Eltern ihr Kind wo angemeldet haben. Nur so aber wäre es möglich, doppelte und mehrfache Anmeldungen zu erkennen – und daraus abzuleiten, wie viele Plätze in der Stadt überhaupt benötigt werden. Pünktlich zum Start des Rechtsanspruches (und somit in Wahrheit zu spät) hat immerhin eine Fachberaterin für Kinderbetreuung ihre Arbeit aufgenommen. Außerdem soll es bald eine zentrale Kita-Anmeldung geben, wie sie etwa in Konstanz seit einiger Zeit besteht. Auch Pfullendorf und Grenzach-Wyhlen haben aktuell keinen Überblick über die Platzbelegung bei den freien Einrichtungsträgern und können deshalb auch nicht sagen, wie viele Plätze eigentlich fehlen.

➤ **Beispiel Gütenbach:** Hier herrschen die geringsten Sorgen. Die Gemeinde hat gar keine Betreuungsplätze – aber auch keine Anmeldungen.

Das Betreuungsgeld gewinnt unterdessen an Beliebtheit hinzu. Ende September hatten gut 11.000 Eltern in ganz Baden-Württemberg die neue als „Herdprämie“ verspottete neue Leistung beantragt, gut 10.500 dieser Anträge wurden bewilligt. Für die Region gibt es noch keine detaillierten Zahlen. Trotzdem sind damit die Kitas immer noch beliebter – allein in unserer Region gibt es mehr als 7000 Plätze in Kitas und bei Tagesmüttern.

Exklusiv für Mitglieder

➤ **Ihre Meinung:** Was meinen Sie zum Thema Kleinkindbetreuung? Wie sind Ihre Erfahrungen? Kommen Ihnen die Zahlen aus Ihrer Gemeinde seltsam vor? Sind Sie eher für Kita-Ausbau oder für ein höheres Betreuungsgeld? Dann diskutieren Sie mit auf SÜDKURIER Online.



➤ **Alle Zahlen:** Außerdem finden Sie online bei uns detaillierte Daten zum Kita-Ausbau in Ihrer Gemeinde und in der Region. Wir schlüsseln für jede einzelne Gemeinde auf, wie viele freie Plätze es zum Stichtag 2. September bei Kitas und Tagesmüttern gab, wie viele Anmeldungen die Gemeinde vorliegen hatte und wie viele der angemeldeten Kinder keinen Platz bekommen haben. www.suedkurier.de/skplus

SÜDKURIER

Deutscher Lokaljournalistenpreis 2010 • 2012 European Newspaper Award 2011 • 2012 • 2013

Chefredakteur:

Stefan Lutz

Stellvertretende Chefredakteure:

Günter Ackermann, Torsten Geiling

Politik und Hintergrund:

Dieter Löffler (Leitung), Uli Fricker, Birgit Hofmann, Margit Hufnagel, Nils Köhler, Dr. Alexander Michel, Beate Schierle, Gabriele Renz (Stuttgart), Wolfgang Wissler. **Wirtschaft:** Peter Ludäscher (Leitung), Julia Kipping, Hildegard Linßen.

Kultur:

Wolfgang Bager (Leitung), Siegmund Kopitzki, Dr. Elisabeth Schwind. **Sport:** Ralf Mittmann (Leitung), Dirk Salzmann, Marco Scheinhof.

Regionalreporter:

Andreas Schuler. **Regelmäßige Sonderseiten und Beilagen:** „SÜDKURIER

Wochenende“: Waltraud Schwarz, Roland Wallisch.

Schlussredaktion: Elisabeth Marder.

Außenredaktionen und Geschäftsstellen in Bad Dürheim, Bad Säckingen, Blumberg, Bonndorf, Donaueschingen, Freiburg, Friedrichshafen, Furtwangen, Markdorf, Meßkirch, Pfullendorf, Radolfzell, Rheinfelden, St. Georgen, Singen, Stockach, Triberg, Überlingen, Villingen-Schwenningen, Waldshut-Tiengen, Wehr.

Ständige Korrespondenten unter anderem in: Berlin, Dresden, München, Stuttgart, Brüssel, Den Haag, Genf, Kapstadt, Kopenhagen, London, Madrid, Moskau, Neu Delhi, Paris, Peking, Rio de Janeiro, Tel Aviv, Warschau, Washington, Wien, Zürich.

Abo-Service und Kleinanzeigen:

Kostenlose Servicenummer 0800/880 8000

Verlag und Herausgeber:

SÜDKURIER GmbH, Konstanz

Geschäftsführer:

Rainer Wiesner

Verlagsleitung:

Michel Bieler-Loop

Anzeigen:

Michael Beyer

Vertrieb:

Sebastian Stier

Zustellung:

Thomas Kluzik

SÜDKURIER GmbH, Medienhaus

Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz

Postfach 102 001, 78420 Konstanz

Telefon 0 75 31/999-0, Telefax 0 75 31/

999-14 85

Commerzbank Konstanz

Konto-Nr. 270181100

BLZ 690 400 45

Internet: <http://www.suedkurier.de>

<http://www.suedkurier-medienhaus.de>

E-Mail-Adressen:

redaktion@suedkurier.de

leserbriefe@suedkurier.de

service@suedkurier.de

anzeigen@suedkurier.de

kleinanzeigen@suedkurier.de

Druck: Druckerei Konstanz GmbH

78467 Konstanz, Max-Stromeyer-Straße 180

Zurzeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 81 vom 01. 01. 2013

mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Anzei-

gen und Beilagen und den Zusätzlichen Allgemeinen

Geschäftsbedingungen des Verlages gültig. Bei Ausfall

der Lieferung infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf,

Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf

dem Versandweg kein Entschädigungsanspruch. Keine

Gewähr für unverlangte Manuskripte. Erfüllungsort

und Gerichtsstand für alle Verlagsgeschäfte ist

Konstanz, soweit nicht zwingend gesetzlich anderes

vorgeschrieben.

-  Kinder ohne Platz mit Rechtsanspruch
-  Kinder ohne Platz und ohne Rechtsanspruch
-  Gemeinde kann keine Angaben machen

Kleinkindbetreuung in der Region



Das stört und freut Eltern aus der Region beim Thema Kleinkindbetreuung

Anfang September haben wir die SÜDKURIER-Leser aufgerufen, uns zu schreiben, wie sie ganz persönlich das Thema Kleinkindbetreuung erleben. Wie lief die Suche nach einem Platz? Lieber Kita oder Betreuungsgeld? Was müssen Gemeinden, Politik und Unternehmen noch verbessern? Herausgekommen ist ein Querschnitt durch die Sorgen – und auch Freuden – des Eltern-daseins. Was zu denken gibt ist, dass viele Eltern anonym bleiben möchten – weil sie Nachteile für sich und ihre Kinder fürchten.

Ich suche keinen Kita-Platz, obwohl ich gerne einen hätte, aber der Ruf des Meersburger Kindergartens ist so schlecht, dass ich meinen Sohn (16 Monate) dort nicht abgeben würde. Was den Gemeinden hier fehlt ist ein englischsprachiger Kindergarten. Viele Kinder werden es später einfacher haben, wenn sie von vornherein mehrere Sprachen lernen würden. Ich hoffe, dass der Meersburger Kindergarten jetzt mit dem Umbau auch eintige Veränderungen durchlebt und man wieder Vertrauen haben kann.
JoAnne Eppner, Meersburg

Was ich nicht verstehe: Beim Betreuungsgeld hängen manche Familien in der Luft. Denn Kinder, die vor August 2012 geboren sind, gehen leer aus. Da die Kitas meist überfüllt sind, bekommen auch vorzugsweise nur diejenigen einen Platz, die arbeiten gehen, das finde ich nicht richtig. Außerdem muss man jetzt über 200 Euro bezahlen für Kinder unter drei Jahren, warum? Damit sich viele Leute das genau überlegen, ob sie ihr Kind zur Betreuung abgeben? Wenn ich arbeiten gehen muss, um einen Platz zu bezahlen, dann kann ich auch zu Hause bleiben. Es gibt Länder, da muss man nichts bezahlen für die Kinderbetreuung. Ich finde, das Betreuungsgeld sollte lieber in die Kindergärten gesteckt werden, also in genug Raum und Personal. Auch hat unser Ort nicht einmal einen Gemeindefußballplatz, aber zwei riesige Fußballplätze. Sorry, das passt nicht.
Anonym, Herdwangen

Meine Tochter ist im Juni 2010 geboren. Da ich genau das eine Jahr, in dem es auch Eltern gibt, zu Hause bleiben wollte, hätten wir eigentlich einen Platz zum Juni 2011 gebraucht – ein Ding der Unmöglichkeit: Alle 15 Krippen/Kitas, in denen ich meine Tochter angemeldet hatte, haben mir gleich gesagt, dass im Juni

nie (!) Kinder aufgenommen werden, sondern nur im September. Meine erste Lehre als Mutter: Alles falsch gemacht – man muss seine Kinder im September bekommen! Konsequenz: Meine Tochter ging drei Monate zur Tagesmutter, danach durfte sie ab September in eine städtische Kita. Kurze Zeit nach der Eingewöhnung war ich wieder schwanger. So wie es die Satzung der städtischen Einrichtungen vorschreibt, habe ich das bei der Kita angezeigt. Dort wurde mir erklärt, dass meine frisch eingewöhnte Tochter leider wieder aus der Kita rausfliegt, wenn ich mit meinem zweiten Kind zu Hause bleiben sollte, da ja dann mein Bedarf entfällt. Wäre ich mit meinem im Mai 2012 geborenen Sohn daheim geblieben, wäre meine Tochter also drei Monate bei der Tagesmutter gewesen, dann knapp ein Jahr in der Kita, dann gut ein Jahr zu Hause, um dann im Kindergarten eingewöhnt zu werden. Da ich meiner Tochter das nicht antun wollte, bin ich mit meinem Sohn nur sehr kurz daheim geblieben. Was ich mir also wünsche: Kitas, die auch unterjährig aufnehmen, wenn Mama und Papa sich entschieden haben, ihr Kind nicht im September zur Welt zu bringen. Und Kitas, die Kinder nicht wieder rausschmeißen, nur weil Mama und Papa sich entschlossen haben, die Gesellschaft mit mehr als einem Kind zu bereichern.
Anonym, Konstanz

Hier ist es sehr schwierig, das Richtige zu finden. Stark zu bemängeln sind die Öffnungszeiten. Auch die monatlichen Kosten für die Betreuung von unter Dreijährigen sind sehr schwankend bis stark unverschämte. Gäbe es die Tagesmütter nicht (in Verbindung mit der Betreuung durch das Jugendamt), bräuhete ich gar nicht als Teilzeitkraft (70 Prozent) zu arbeiten. Das Arbeiten würde sich gar nicht lohnen.
Anonym, Geisingen

Ich bin zwar keine Mutter, aber als „Staatlich anerkannte Kinderpflegerin“ habe ich eine feste Meinung zu dem Thema. Ich finde, dass die Möglichkeit, Kleinkinder in einer Krippe zu betreuen, besser ist als das Betreuungsgeld. Gerade Kinder aus Migrantenfamilien oder anderen sozial-kulturell benachteiligten Familien profitieren sehr von einem Platz in einer Einrichtung, was ihre soziale Entwicklung und Sprachentwicklung

angeht. In Thüringen hatte ich während meiner Ausbildung einen guten Vergleich zwischen Kindern, die schon früh in der Krippe waren, und Kindern, die erst mit drei Jahren frisch aus der Familie in die Einrichtung kamen. Der Staat sollte lieber Geld bereitstellen, um Kindereinrichtungen auszubauen, damit dort genug Plätze zur Verfügung stehen. Auch könnten größere Firmen Betriebskindergärten einrichten. Natürlich ist für Kleinkinder auch sehr wichtig, dass sie die Nähe ihrer Mutter bzw. Eltern haben. Aber gegen ein paar Stunden am Tag spricht nichts, im Gegenteil: Es tut den Kindern in ihrer Entwicklung nur gut.
Silvia E., Bodenseekreis

Meine Meinung ist: Wenn sich eine Frau für die ersten drei Jahre einrichtet, wegen dem Kind zu Hause zu bleiben, sollte sie das Betreuungsgeld bekommen. Denn nicht überall ist Kreuzberg oder andere Ballungsräume, wo die Sprache der Kinder zu fördern ist. Es gibt auch noch Mütter, die sich bewusst für ein Kind entscheiden und die ersten drei Jahre auch mitbekommen möchten.
M. Adeler, Lauchringen

Zahlenmäßig mag es bei der Kleinkindbetreuung vielleicht gut aussehen, der Haken liegt meiner

„Ich wünsche mir, dass die Gesellschaft sich mehr öffnet. Ich machte mir am Anfang selbst große Sorgen, ob es das Richtige für meinen Sohn ist, so früh in die Krippe zu kommen – völlig unberechtigt.“



Ellen Müller, Friedrichshafen

Meinung nach bei den verfügbaren Betreuungszeiten. Wir haben zwei Jungs im Alter von zwei Jahren bzw. neun Monaten. Wir wohnen in Dauchingen. Es gibt hier sehr wohl eine Kinderkrippe, allerdings nur vormittags und dazu noch freitags bis 12.15 Uhr. Mein Mann schafft Vollzeit und ich bin Lehrerin mit einem ¼-Deputat. Der Unterricht endet gegen 13 Uhr, die Kinder müssen zu dieser Zeit in der Krippe bereits abgeholt sein. Also benötigen wir einen Ganztagesplatz, den es im Ort aber nicht gibt. Am besten wäre ein Platz mit flexiblen Zeiten, wenn es mal später wird, mittags Konferenz ist, Ausflüge gemacht werden oder Zeit zum Stundenvorbereiten nötig ist. Jetzt haben wir in Villingen-Schwenningen nach Plätzen gesucht. In städtischen Einrichtungen bekommen wir nur einen Platz, wenn alle Kinder aus VS versorgt sind, und dürfen wir gütigerweise das Doppelte bezahlen – hieße in unserem Fall rund 700 Euro statt 350 im Monat. Wir haben unsere Kinder jetzt in Villingen bei Kikripp, einer privaten Einrichtung, untergebracht. Unsere Kinder haben eine Stempelkarte und können nach Bedarf gebracht werden. Soweit eine tolle Sache, nur warum bietet das sonst niemand an? Eine Wahlmöglichkeit hatten wir nicht.
Tamara Aberle, Dauchingen

Wir haben einen Halbtagsplatz angeboten bekommen, den wir aber nicht annehmen konnten. Das wäre sinnlos gewesen, weil er nicht mit unseren Arbeitszeiten vereinbar ist. Kurz vor August rief jemand von der Kita an und meinte, wir würden wohl den benötigten Ganztagsplatz kriegen, die offizielle Zusage komme Ende der Woche. Es war Ende der Woche, da klang es dann wieder nach „Es kam was dazwischen, es ist wieder jemand vor Euch“. Ende August dasselbe. Wir hätten noch auf Tagesmütter zurückgreifen können, aber die sind inzwischen auch so gut nachgefragt, dass sie das Rosinenpicken anfangen. Unsere Konsequenz: Wir werden aus Konstanz wegziehen. Diese Stadt ist leider familienfeindlich. Denn: Ohne Kinderbetreuung kein zweites Einkommen und ohne zweites Einkommen keine Rücklagen für Altersvorsorge geschweige denn die Möglichkeit, hier eine bezahlbare Wohnung oder gar ein Haus zu finden.
Florian Müller-Braun, Konstanz

Ich habe zwei Kinder (vier und anderthalb Jahre) und arbeite Vollzeit, wie mein Mann auch. Als mein Großer 14 Monate alt war, fand ich eine Vollzeit-Stelle, nachdem ich eine Zeitlang arbeitssuchend war. Glücklicherweise hatte nahezu zeitgleich eine neue Krippe in der Nähe eröffnet, wo ich einen Ganztagesplatz für meinen Sohn fand. Das hat auch alles auf Anhieb super funktioniert, wir alle fühlten uns in unserer Rolle sehr wohl. Als sich mein zweites Kind ankündigte, reservierte ich mir gleich einen weiteren Krippenplatz in derselben Einrichtung, und nach einem Jahr Elternzeit ging ich wieder Vollzeit zurück in den Beruf, der Große mittlerweile im Kindergarten und die kleine in der Krippe. Alles in allem sehr anstrengend, aber gut. Ich würde mir wünschen, dass die Gesellschaft sich hierfür mehr öffnet. Ich machte mir am Anfang selbst große Sorgen, ob es das Richtige für meinen Sohn ist, so früh in die Krippe zu kommen – völlig unberechtigt, ihm war endlich nicht mehr langweilig mit mir daheim. Schlimmer war der Gegenwind aus dem Bekanntenkreis! Hier werde ich nach wie vor sehr kritisch beobachtet. Wir haben auf jeden Fall super Krippen- und Kindergarten-erfahrungen und sind auch bestens versorgt. Aber ein Quäntchen Glück gehörte am Anfang auch dazu...
Ellen Müller, Friedrichshafen

Ich habe es bis heute nicht bereut, meinen Kindern in den ersten Jahren zu zeigen, wie die Welt funktioniert. Diese Phase ist sehr erfüllend für Eltern. Ich finde, dass dies in der Öffentlichkeit viel mehr herausgestellt werden sollte. Natürlich bin ich auch für die Einrichtung von Kinderbetreuungs-möglichkeiten – für die, die sie wollen und/oder brauchen. Aber es kann nicht sein, dass man schief angeguckt wird, wenn man sagt: Ich möchte zu Hause mein Kind selbst erziehen. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass Kinder im Laufe des dritten Lebensjahres selbst an einen Punkt kommen, wo sie mehr Anreize von Außen brauchen. Für uns wäre eine frühere Trennung nicht gut gewesen, zumal mein Mann viel und über längere Zeiträume weg war. Die 100 Euro „Herdprämie“ finde ich gut, dafür bleibt niemand zu Hause, der es nicht möchte. Wer arbeiten gehen will, hat ja nun den Betreuungsplatz. Das ist für mich wirklich Wahlfreiheit.
Anonym, Geisingen